



Gespräche für zusätzliche Ausbildungsplätze mit Südwestmetall gescheitert

IG Metall Bezirksleiter Jörg Hofmann: Arbeitgeber gefährden Entwicklungschancen der Jugend und gesellschaftliche Stabilität

Nach fünf Gesprächen zwischen der IG Metall Baden-Württemberg und Südwestmetall sind die Bemühungen der IG Metall zur Schaffung von 500 zusätzlichen Ausbildungsplätzen für die Jahre 2005, 2006 und 2007 gescheitert.

Es ist bedauerlich und betrüblich, dass Südwestmetall kein Mandat seiner Mitgliedsfirmen erhalten hat, verbindliche Zusagen zu einer Zahl von zusätzlichen Ausbildungsplätzen zu treffen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt 2005 weiter dramatisch verschärft. Die Regionalagentur für Baden-Württemberg meldete im Mai ein Minus von 9,6% an Ausbildungsstellen bei einem Plus von 2,7% mehr an Bewerber/-innen. *„Damit wird sich das Heer der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten und in Warteschleifen enden weiter vermehren“* so Jörg Hofmann.

Im direkten Zusammenhang, so die IG Metall, steht damit auch der rasante Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg um 25% im Vergleich zum Vorjahr. Die IG Metall Baden-Württemberg geht nach ihren bisherigen Erhebungen im übrigen davon aus, dass in den verbandsgebundenen Betrieben von Südwestmetall nicht mehr die Ausbildungszahlen des Jahres 2004 erreicht werden.

„Für Baden-Württemberg bleibt festzustellen“, so Hofmann, *„offensichtlich ist der Ausbildungspakt mit seinem Ziel jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren de facto gescheitert. Er erweist sich als das, was viele vermuteten, nämlich als ausschließlich taktisches Manöver sich der Ausbildungsplatzumlage zu entziehen. Die IG Metall im Land hat immer auf branchennahe kollektive Vereinbarungen gesetzt, aber offensichtlich sind die Arbeitgeber nicht bereit, solche Vereinbarungen zu treffen.“*

Nach dem Scheitern dieser Gespräche ist nun die Politik gefordert einzuschreiten und verpflichtende Auflagen zur Schaffung zusätzlicher und ausreichender Ausbildungsplätze zu treffen. Jörg Hofmann: *„Ich richte diese Aufforderung ausdrücklich auch an die Landesregierung Baden-Württemberg. Sie muss ihre Veto-Haltung im Bundesrat zu dieser Frage aufgeben. Die IG Metall wird in der Frage zusätzliche Ausbildungsplätze nicht locker lassen“*, so der IG Metall Bezirksleiter. Sie wird vor Ort Ross und Reiter dieser Ausbildungsmisere benennen. Dies gilt insbesondere für Betriebe die keine Verantwortung zeigen und Ausbildungsplätze abbauen.

Hierbei sei angemerkt, dass es Betriebsräte und IG Metall waren, die in vielen Fällen hart um mehr Ausbildungsplätze auf betrieblicher Ebene gerungen haben. Nun versuchen die Arbeitgeber den schwarzen Peter für die Ausbildungsmisere den Betriebsräten und Gewerkschaften zuzuspielen, anstatt endlich zu handeln.

Die Gespräche sind ergebnislos, weil Südwestmetall kein Mandat seiner Mitgliedsfirmen erhielt, verbindliche Zusagen zur Zahl der Ausbildungsplätze zu treffen. Die IG Metall hat mit ihren Vorschlägen die Arbeitgeber in keinem Falle überfordert. 500 mehr Ausbildungsplätze bedeuten einen zusätzlichen Ausbildungsplatz mehr für jedes zweite Mitgliedsunternehmen.

Angeführt wird die Übernahmeverpflichtung, die angebliche Notwendigkeit von Schmalspurausbildungen, und die Ausbildungsvergütungen. Bei der Übernahmeverpflichtung wird vergessen,

Datum:
22. Juni 2005

André Kaufmann
Elke Schöppler

Telefon:
0791/950 28 - 22

Fax:
0791/95028 - 29

E-Mail:
elke.schoeppler@igmetall.de

IG Metall
Schwäbisch Hall

Haller Str. 37
74523 Schwäbisch Hall

Telefon: 0791/95028-0
Fax: 0791/95028-29
E-Mail: schwaebisch-hall@igmetall.de
Internet: www.igmetall.de

Helaba
Konto-Nr. 0083160002
BLZ 50050000

Datenschutzhinweis: Name, Adresse und zur Bearbeitung nötige Angaben werden vorübergehend gespeichert.

IG Metall –
Gewerkschaft für
Produktion
und Dienstleistung im DGB

dass die Betriebe heute schon eine Möglichkeit haben, von der Übernahme abzusehen, wenn sie über Bedarf ausbilden. Zudem haben wir diese tariflichen Bestimmungen gerade, im April, mit Südwestmetall bis 2007 verlängert.

Die angebliche Not zu Schmalspurausbildungen steht im Widerspruch zu ihrer Begründung. Wenn es Jugendliche gibt, die Schwierigkeiten mit den Ausbildungsinhalten haben, dann verlangt dies eben nicht weniger, sondern eher mehr Ausbildung. Alle Untersuchungen, etwa auch ein Gutachten für Gesamtmetall des sicher nicht gewerkschaftsverdächtigen IW, zeigen, dass der zukünftige Arbeitsmarkt ein mehr an Qualifikation verlangt.

Welche Blüten die Ausbildungsnot treibt, sieht man etwa am Beispiel der Firma Winkler in

Villingen-Schwenningen die 350 private Ausbildungsplätze, etwa zum Industriemechaniker, anbietet. Dahinter steckt kein Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, sondern ein Weiterbildungsinstitut. Und die 500 Euro, die hier monatlich anfallen, sind keine niedrigen Ausbildungsvergütungen, sondern Ausbildungskosten, die die Eltern zu tragen haben.

Diese Entwicklungen haben die Arbeitgeber in diesem Lande mit zu verantworten. Hofmann: *„Diese Entwicklung ist unverantwortlich, weil hier nicht nur Standortvorteile der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie, sondern vor allem auch Entwicklungschancen für unsere Jugend und damit auch für die gesellschaftliche Stabilität und den Zusammenhalt gefährdet werden.“*